



Gemeinde Hofstetten-Flüh

PROTOKOLL

Gemeinderat (Amtsperiode 2013-2017)

38. Sitzung vom Dienstag, 2. Februar 2016

19:30 Uhr - Sitzungszimmer des Raiffeisenhauses, Hofstetten

Sitzungsleitung:	Gschwind Richard
Teilnehmende:	Bönzli-Graf Marc Boss-Schibler Peter Gschwind-Dufing Markus Schneebeli-Honegger Benjamin Schuppli Domenik Benz Bruno Ebner Roland Haberthür Benjamin
Gäste:	Schulter Hans, Energie- und Umweltkommission Scheiwiller Alfred, Betreuer Asylsuchende
Entschuldigt:	Gubser Peter
Protokollführung:	Lowen Alexander, Auszubildender Rüger-Schöpflin Verena

Verhandlungen

- | | | |
|----|----------------|---|
| 1 | 0.1.2.3
362 | Protokolle Gemeinderat
Protokoll |
| 2 | 8.6.2.3
363 | Grünstrom
Bezug von Grünstrom |
| 3 | 6.1.3
364 | Fusswege / Feldwege
Bedarfsabklärung Fussweg |
| 4 | 9.8.1.5
365 | Bauland Flüh
Flüehrütti |
| 5 | 5.8.6.1
366 | Betreuung
Asyl- und Flüchtlingswesen
Wohnraum |
| 6 | 5.8.6.2
367 | Aufnahmesoll
Asyl- und Flüchtlingswesen
Vereinbarung mit der Sozialregion Dorneck |
| 7 | 2.6.1.3
368 | Primarschulhaus Flüh
Sanierungskonzept Primarschule Flüh |
| 8 | 6.0.1
369 | Kantonale und Regionale Planung
Agglomerationsprogramm
Stellungnahme zur Behördenvernehmlassung |
| 9 | 0.1.8.3
370 | Spezialkommissionen / Arbeitsgruppen
Auflösung Arbeitsgruppe Sternenber |
| 10 | 0.1.2.9
371 | Übriges Gemeinderat
Verschiedenes |
| 11 | 9.1.7
372 | Abschreibung und Erlass von Forderungen und Gebühren
Abschreibungen (vertraulich) |
| 12 | 0.1.2.9
373 | Übriges Gemeinderat
Informationsrunde GR-Ressortchefs / Verwaltung (vertraulich) |

0.1.2.3	Protokolle Gemeinderat
362	Protokoll

Das Protokoll Nr. 37 vom 26. Januar 2016 wird an der Sitzung vom 01. März 2016 zur Genehmigung vorgelegt.

8.6.2.3	Grünstrom
363	Bezug von Grünstrom

Die Gemeinde produziert mit den Photovoltaikanlagen auf dem Dach der Mehrzweckhalle, dem Primarschulhaus und dem Kindergarten Auf den Felsen Grünstrom und speist diesen ins Netz ein. Seit 2013 wird die Mehrzweckhalle mit Grünstrom versorgt. Ab Januar 2016 werden die Bezugsstellen Kindergarten Auf den Felsen, die Verwaltung und die Zivilschutzanlage am Bünweg 2 sowie das neue Primarschulhaus Hofstetten auf Grünstrom umgestellt. Die Mehrkosten der Vollversorgung der vier Bezugsstellen belaufen sich auf CHF 1'050.--.

Im Sinne des energiepolitischen Programmes 2014 bis 2017 soll vermehrt Grünstrom bezogen werden. Die Energie- und Umweltkommission ist der Ansicht, die Gemeinde sollte als Energiestadt mit gutem Beispiel vorangehen und beantragt mit Schreiben vom 03. Januar 2016 weitere 18 Bezugsstellen der Gemeinde mit Grünstrom zu versorgen. Dies hätte Mehrkosten von CHF 10'227.-- zur Folge.

Markus Gschwind erkundigt sich, ob schon bei sämtlichen Strassenlampen LED-Leuchten im Einsatz sind.

Hans Schulter erklärt, dass LED-Birnen eingesetzt werden sobald der Vorrat an herkömmlichen Glühbirnen aufgebraucht ist. Wenn möglich sollte die Strassenbeleuchtung mit Grünstrom betrieben werden.

Markus Gschwind findet, man solle jetzt schon LED-Leuchten einsetzen um Geld zu sparen.

Bruno Benz zeigt anhand einer Tabelle den Stromverbrauch für die Strassenbeleuchtung. Seitdem LED-Birnen eingesetzt werden, hat die Gemeinde CHF 8'000.-- an Kosten eingespart.

Richard Gschwind findet das energiebewusste Engagement der Gemeinde toll. Das System funktioniert jedoch aus seiner Sicht falsch. Es könne nicht sein, dass für Ökostrom mehr bezahlt werden muss, als für Herkömmlichen. Er bekundet Mühe mit diesen verkehrten Subventionen. Aus seiner Sicht müsste Ökostrom subventioniert und nicht verteuert werden.

Bruno Benz gibt zu bedenken, dass die Gemeinde seit Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage einen KEV-Beitrag von Rp. 48.2 erhalten hat. Die EBM kaufe Ökostrom teurer ein und gäbe diesen daher zu einem höheren Tarif an den Endverbraucher ab. Seiner Meinung nach müsste Atomstrom teurer sein. Anhand einer Tabelle zeigt er das Verhältnis der Ausgaben und Einnahmen. Er erkundigt sich, wo zurzeit eine Rendite von 7.2% erzielt werden könne. Angesichts dieser Tatsache sind Mehrkosten von CHF 10'000.-- durchaus vertretbar.

Peter Boss bemängelt das heutige System. Diese Energiepolitik ziele darauf ab, dass nicht zu viele Photovoltaikanlagen gebaut werden. Er sehe nicht ein, weshalb die Gemeinde für Fehler der EBM eintreten soll.

Marc Bönzli würde lieber diesen Betrag ausgeben um energiesparende Massnahmen umzusetzen.

Hans Schulter ist enttäuscht. Aus seiner Sicht steht die Energieeffizienz im Vordergrund. Dieses Geld werde in die Zukunft und Umwelt investiert. Zudem sollte nicht nur Grünstrom produziert sondern auch bezogen werden.

Beschluss:

Mit 6 Stimmen und 1 Enthaltungen wird der Antrag der Energie- und Umweltkommission, Grünstrom für 18 weitere Bezugsstellen zu beziehen, abgelehnt.

6.1.3	Fusswege / Feldwege
364	Bedarfsabklärung Fussweg

An der Hofstetterstrasse in Flüh ist eine neue Bushaltestelle geplant und bereits vom Amt für Verkehr und Tiefbau bewilligt.

Um die Distanz vom Höhenweg zur Hofstetterstrasse zu verkürzen, soll auf der Bau-landparzelle der Gemeinde ein Fussweg erstellt werden.

Mit Schreiben vom 10. Januar 2016 stellt daher die Energie- und Umweltkommission (EUK) den Antrag eine entsprechende Bedarfsabklärung durchzuführen. Die EUK ist der Ansicht, dass mit dieser Massnahme die Bushaltestelle attraktiver wird.

Benjamin Schneebeili berichtet, dass er von einzelnen Anwohnern des Höhenwegs in Bezug auf einen Fussweg angegangen worden sei. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Flüh fühlen sich benachteiligt, was die Fusswege angeht – Hofstetten habe etliche davon.

Marc Bönzli ist der Meinung, die Bedarfsabklärung sollte erst nach Inbetriebnahme der Bushaltestelle durchgeführt werden. Erst dann stehe fest, von welchen Gebieten die Bushaltestelle frequentiert wird.

Domenik Schuppli spricht sich gegen eine Bedarfsabklärung aus. Damit würden Begehlichkeiten geweckt.

Aufgrund der Topographie wird es nicht möglich sein, den Fussweg hindernisfrei anzulegen. Es müsste eine Treppenanlage geplant werden. In Anbetracht der Wegersparnis von ca. 170m wird der Kosten-Nutzenfaktor nicht als optimal erachtet. Der Gemeinderat ist zudem der Meinung, dass die Fusswegverbindung etwa in der Mitte des Höhenweges abgehen sollte.

Beschluss:

Der Antrag der Energie- und Umweltkommission, eine Bedarfsabklärung für eine Fusswegverbindung Hofstetterstrasse - Höhenweg durchzuführen wird einstimmig abgelehnt.

9.8.1.5	Bauland Flüh
365	Flüehrütti

Die Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2015 hat dem Verkauf der Baulandparzellen der Gemeinde in Flüh zugestimmt. Gleichzeitig wurde der Gemeinderat aufgefordert, vor der Veräusserung Land für einen Fussweg auszuscheiden und eine Bushaltestelle zu planen.

Für die Baulandparzelle am Höhenweg ist bereits ein Kaufinteressent vorhanden. Aus Sicht von Richard Gschwind ist es wichtig, zu entscheiden, wie der Gemeinderat vorgehen will:

- Parzellen einzeln veräussern
- Parzellen gesamthaft veräussern
- Parzelle an der Hofstettenstrasse abparzellieren
- Verkauf mit Auflagen verdichtetes Bauen

Er könnte sich einerseits vorstellen eine Arbeitsgruppe bestehend aus Peter Boss, Marc Bönzli, Benjamin Schneebeli und je einem Vertreter der beiden Verwaltungszweige einzusetzen oder andererseits soll sich der Gemeinderat auf die nächste Sitzung über das weitere Vorgehen Gedanken machen.

Domenik Schuppli spricht sich gegen eine Arbeitsgruppe aus. Er ist der Meinung, das Ratsgremium sollte sich Gedanken über das weitere Vorgehen machen.

Beschluss:

Mit 5 Ja und 2 Gegenstimmen beschliesst der Gemeinderat, dass sich jeder Rat über das weitere Vorgehen Gedanken machen soll.

Zwei Räte sprechen sich dafür aus eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

5.8.6.1	Betreuung
366	Asyl- und Flüchtlingswesen Wohnraum

Domenik Schuppli informiert über das Asyl- und Flüchtlingswesen.

Regionalisierung:

Ab 1. Januar 2016 sind die Sozialregionen für die Aufnahme und Verteilung der zugewiesenen asylsuchenden Personen verantwortlich.

Talstrasse 5:

Der Konkursfall in Sachen ausgeschlagener Erbschaft „Blatter Hans“ ist immer noch hängig. Die Liegenschaft an der Talstrasse wird voraussichtlich im 1. Quartal versteigert.

Bruno Benz möchte wissen, ob dieses Geschäft weiterverfolgt werden soll oder nicht. Falls sich die Gemeinde die Liegenschaft ersteigern will, müsste eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen werden.

Schlössliweg 7:

Hier liegt ein Mietangebot vor. Zurzeit laufen noch Verhandlungen.

Ettingerstrasse 41:

Zusammen mit dem Technischen Dienst wurden die Räume soweit eingerichtet. Am 24. Februar 2016 werden zwei afghanische Familien mit je zwei Kindern einziehen.

Umsetzungsplan:

Dieser ist ab 1. Januar 2016 verbindlich und wurde von der Sozialregion erstellt. Darin wird die Verantwortlichkeit geregelt. In der Praxis sieht es noch etwas anders aus, da das Asylwesen sehr vielseitig und umfassend ist.

Richard Gschwind sieht diesen Umsetzungsplan als eine Art Leitfaden. Zuerst müssen Erfahrungen gesammelt und wenn nötig Anpassungen vorgenommen werden.

5.8.6.2	Aufnahmesoll
367	Asyl- und Flüchtlingswesen Vereinbarung mit der Sozialregion Dorneck

Am Mittwoch, 3. Februar 2016 findet um 18:00 Uhr in Dornach die nächste Sitzung des Leitorgans der Sozialregion Dorneck statt. In dieser Sitzung geht es insbesondere darum die Vereinbarung über die Aufnahme, die Verteilung und die Kostentragung der asylsuchenden Personen in der Sozialregion Dorneck zu besprechen und möglicherweise auch schon zu genehmigen.

Die Vereinbarung sieht vor die Saldi aller Gemeinden per 1. Januar 2016 auf null zu stellen. Gemeinden, welche per 31. Dezember 2015 einen Rückstand aufweisen, müssen diesen mit CHF 1'000.-- pro nicht aufgenommenen Person ausgleichen.

Domenik Schuppli wie auch Richard Gschwind bezweifeln, dass in Bezug auf die Vereinbarung am 03. Februar 2016 eine Einigung zu Stande kommt. Aus ihrer Sicht sind noch viele Fragen offen.

Peter Boss ist erbost über Bund und Kanton. Deren Asylpolitik sei ein Fass ohne Boden. Er möchte wissen, ob es eine Aufnahmegrenze gibt.

Richard Gschwind erklärt, die Flüchtlinge werden seit dem 01.01.2016 auf die Sozialregionen aufgeteilt. Diese wiederum weisen die Flüchtlinge anschliessend den Gemeinden zu. Das Aufnahmesoll der Sozialregion Dorneck beträgt 100 Personen.

Domenik Schuppli geht Punkt für Punkt der Vereinbarung durch. Er bittet das Ratsgremium Änderungsvorschläge, Bedenken etc. anzubringen:

Punkt 3: Aufnahmesoll

Domenik Schuppli empfindet die Entschädigung von CHF 1'000.-- für Rückstände nicht fair. Er habe folgende Überlegung gemacht: Gemeinde A hat ein Aufnahmesoll von 30 Personen, Gemeinde B von 2 Personen. Beide Gemeinden haben Ende 2015 einen Rückstand von einer Person. Also zahlen beide CHF 1'000.--. Dieses Verhältnis stimmt seiner Meinung nach proportional gesehen nicht.

Peter Boss erachtet diese Berechnung nicht als demokratisch. Hier müssten verschiedene Ansätze verwendet werden.

Domenik Schuppli möchte, dass Gemeinden, welche keine Asylsuchende aufgenommen haben, mehr bezahlen müssen.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass CHF 1000.-- pro Flüchtling zu wenig sind. Gemeinden, die bisher nichts unternommen haben, kommen zu gut weg.

Punkt 5: Ausgleichsverfahren

Marc Bönzli nimmt zur „Arbeitsgruppe Wohnraumsuche“ Stellung. Er ist der Ansicht, dass die Gemeinden besser über freien Wohnraum informiert sind.

Peter Boss fragt ob es ein Ziel sei, alle Flüchtlinge der Sozialregion an einem Ort zu haben.

Domenik Schuppli antwortet, jede Gemeinde sei verpflichtet Asylsuchende aufzunehmen. Jedoch könnte dies ein angestrebtes Ziel sein, da es im Interesse aller ist, Asylsuchende in Gemeinden mit günstigem Wohnraum unterzubringen.

Punkt 7: Ersatzvornahmeverfahren

Die Kosten der Ersatzvornahme CHF 30.-- pro Tag und Person, also CHF 11'000.-- pro Person und Jahr werden proportional zur Einwohnerzahl auf die Gemeinden verteilt. Der Rat ist sich einig, dass wiederum Gemeinden, welche ihre „Pflicht“ nicht erfüllen, wie bei Punkt 3 und 5, besser wegkommen. Es könne nicht sein, dass eine Gemeinde, die ihr Aufnahmesoll erfüllt hat, sich an den Ersatzvornahmekosten beteiligen muss.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt und verabschiedet die Vereinbarung vorbehältlich der Änderungsvorschläge und autorisiert Domenik Schuppli und Richard Gschwind die Verhandlungen zu führen.

2.6.1.3	Primarschulhaus Flüh
368	Sanierungskonzept Primarschule Flüh

In der Volksabstimmung vom 26. September 2010 haben die Stimmberechtigten den Beitritt des Kantons Solothurn zur interkantonalen Vereinbarung vom 14. Juni 2007 über die Harmonisierung der obligatorischen Schule beschlossen. Gleichzeitig wurde einer Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn und des Volksschulgesetzes zugestimmt. Das Konkordat HarmoS verlangt die Umsetzung bis zum Beginn des Schuljahres 2015/2016. Dies hat auf den Unterricht und damit auf den Raumbedarf Auswirkungen. Mit dem Neubau des Primarschulhauses in Hofstetten wurde den Anforderungen Rechnung getragen. Da der Gemeinderat den Grundsatzentscheid gefällt hat, in beiden Ortsteilen eine Primarschule zu führen, müssen im Primarschulhaus Flüh nun die Rahmenbedingungen angepasst werden. Im Auftrag des Gemeinderates hat die Abteilung Bau, Umwelt und Raumplanung zusammen mit der Schulleitung und dem ressortverantwortlichen Gemeinderat Bildung einmal mehr ein Sanierungskonzept für die Primarschule Flüh erarbeitet.

Mit Schreiben vom 22. Januar 2016, stellt Roland Ebner den Antrag, das Sanierungsprojekt Primarschule Flüh zu genehmigen und der Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen den Auftrag für die Umsetzung dieses Konzepts zu geben.

Beschluss:

Der Rat verabschiedet dieses Konzept und beauftragt die Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen dieses umzusetzen.

6.0.1	Kantonale und Regionale Planung
369	Agglomerationsprogramm Stellungnahme zur Behördenvernehmlassung

Das Agglomerationsprogramm Basel koordiniert die Verkehrs- und Siedlungsentwicklung in der trinationalen Region Basel und erarbeitet alle vier Jahre ein Massnahmenprogramm, das beim Schweizer Bund zur Mitfinanzierung eingereicht wird. Die Agglomeration Basel ist eine der drei metropolitanen Agglomerationen der Schweiz von internationaler Bedeutung. Sie wird stark von der europäischen Nord-Süd-Transitachse beeinflusst. Die Verkehrssituation ist geprägt von Überlagerungen im regionalen, nationalen und internationalen Personen- und Güterverkehr auf Strasse und Schiene. Vor diesem Hintergrund und da das individuelle Mobilitätsbedürfnis weiter zunehmen wird, kann die Agglomeration Basel die zukünftigen verkehrlichen Auswirkungen nur mit einem starken Verbund von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr sowie Fuss- und Fahrradverkehr bewältigen. Nur alle drei Systeme in sinnvoller Kombination können Nachhaltigkeit sowie eine Siedlungsstruktur mit kurzen und direkten Wegen gewährleisten.

Die Verkehrs- und Raumplanungskommission Leimental (VRKL) hat zur Behördenvernehmlassung „Agglomerationsprogramm Basel 3. Generation“ Stellung genommen. Diese bildet integrierender Bestandteil dieses Protokolls.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme der Verkehrs- und Raumplanungskommission Leimental wohlwollend zur Kenntnis.

0.1.8.3	Spezialkommissionen / Arbeitsgruppen
370	Auflösung Arbeitsgruppe Sternenberg

Mit Schreiben vom 20. Januar 2016 stellt die Kommission für Kultur, Jugend und Sport den Antrag, die Arbeitsgruppe Sternenberg aufzulösen.

Die Arbeitsgruppe Sternenberg hat in den letzten Jahren durch Todesfälle wichtige Leistungsträger verloren. Das reduzierte Team unter der Leitung von Frau Anne-Marie Kuhn ist zum Schluss gelangt, dass die Arbeitsgruppe ihr Hauptziel erreicht hat und daher nicht mehr nötig ist. Die Kommission für Kultur, Jugend und Sport teilt diese Meinung und beantragt die Arbeitsgruppe Sternenberg formell aufzulösen. Die KKJS wird dafür besorgt sein, dass die Ruine im bisherigen Ausmass gepflegt und instand gehalten wird. Die Kosten werden aus dem Fonds „Ruine Sternenberg“ bestritten. Ist

dieser aufgebraucht, werden im Budget CHF 5'000.-- Franken für den regulären Unterhalt aufgenommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig die Arbeitsgruppe Sternenberg aufzulösen und verdankt die geleistete Arbeit.

0.1.2.9	Übriges Gemeinderat
371	Verschiedenes

- Einige Termine:

15.03.2016, 16:00 Uhr Zusammenkunft mit dem Regierungsrat, Wirtshuus
Zum Rössli, Metzleren

- Anfrage Landerwerb

Seit Jahren bewirtschaftet die Familie Stöckli einen Teil der Parzelle GB-Nr. 2684, welche der Gemeinde gehört. Das Landstück liegt unterhalb der Parzelle GB-Nr. 3271 und grenzt an die Parzelle GB-Nr. 2687 der Familie Stöckli. Mit Schreiben vom 28. Januar 2016 bekundet Jean-Paul Stöckli Interesse dieses Teilstück zu erwerben. Der Gemeinderat ist sich einig, dieses Land nicht zu verkaufen.

- Baum Pausenplatz

Peter Boss informiert, dass Alfred Scheiwiller das Schreiben der Schulleitung beantwortet hat.

- Benutzungsgesuch

Peter Boss informiert, dass die KiTa Kunterbunt aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses vom 08.12.2015 ein Gesuch für die Nutzung der Mammutküche und des Probelokals gestellt hat. Nicht vorhanden sind Grundlagen sowie Angaben zur Reinigung, Bereitstellen der Tische und Stühle, Geschirr, etc.
Die Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen muss diese Unterlagen einfordern.

Schluss der Sitzung: 22:00 Uhr

Hofstetten, 12. Februar 2016

Richard Gschwind
Gemeindepräsident

Alexander Lowen
Auszubildender

Verena Rüger
Gemeindeschreiberin